



Bundestags- brief

Nr.229 •Die Woche im Bundestag• 29.06.2018



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Gemeinsam aus schwieriger Lage herausfinden

Wir befinden uns in einer schwierigen Lage in der Union. Die vergangenen zwei Wochen waren geprägt von intensiven Diskussionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern aus unseren Wahlkreisen. Wir sind uns bewusst, dass uns noch schwere Tage bevorstehen.

Innerhalb der Union sind wir uns in den Zielen einig: Wir wollen Migration steuern und ordnen und die Zahl der kommenden Flüchtlinge über das schon erreichte Maß weiter reduzieren. Wir sind uns auch einig, dass der Versuch der Bundeskanzlerin richtig ist, bi- oder multilaterale Absprachen mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu treffen, die von der Migrationsbewegung besonders betroffen sind.

Wir alle wollen, dass nicht Schlepper oder Flüchtlinge den EU-Staat aussuchen, in dem ein Asylantrag gestellt wird. Eine nachhaltige Lösung der Migrationsfrage werden wir am besten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erzielen können. Entscheidend ist, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen, wir wollen ihnen stattdessen in den Herkunfts- und Transitstaaten helfen. Das ist eine Herkulesaufgabe, bei der wir seit 2015 schon viel geleistet haben, bei der wir aber noch mehr erreichen müssen.

Diese Ziele einen uns, bei der Frage nach den richtigen Maßnahmen sind wir in fast allen Punkten einig. Jede Anstrengung, jede Mühe lohnt, diese Ziele gemeinsam umzusetzen und so unserem Land zu dienen. Das können wir am besten als starke Union, wie der Blick auf die fast 70jährige Geschichte der Bundesrepublik zeigt. Dieser Geist sollte uns auch in den Tagen nach dem Europäischen Rat leiten, wenn wir die Ergebnisse bewerten.

Griechenland kehrt an den Kapitalmarkt zurück

Die Eurogruppe hat sich in der vergangenen Woche auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm ist nicht erforderlich. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat also gewirkt.

Die Mittel des 3. Hilfsprogramms brauchten nicht ausgeschöpft zu werden, von 86 Milliarden Euro wurden knapp 62 Milliarden Euro benötigt. Eine langfristige Schuldentragfähigkeit erfordert jedoch verbesserte Konditionen für den Schuldenbestand. Die Eurogruppe hat dazu ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses umfasst – wiederum gegen Auflagen – die Umleitung von EZB-Gewinnen aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen in die Reduzierung des griechischen Finanzbedarfs oder vereinbarte Investitionen, den Verzicht auf eine vorgesehene erhöhte Zinsmarge, Verschiebungen von Zins- und Tilgungszahlungen sowie Verlängerungen von Laufzeiten. Die Umsetzung dieser Finanzhilfvereinbarung bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestags.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt. Auch diese Ergebnisse stärken Europa. Das ist unsere Zukunft – und alle Anstrengungen wert.

Europa zusammenhalten

Beim Europäischen Rat am 28./29. Juni stehen drängende Fragen für den Zusammenhalt Europas auf der Tagesordnung.

Es wird um Migration, einen besseren Außengrenzschutz und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gehen. Weitere Themen des Europäischen Rats sind Fortschrittsberichte im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie ein erster Meinungs austausch zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und den Zeitplan bis zu seiner Verabschiedung.

Für den Eurogipfel im erweiterten Format sind eine Bestandsaufnahme zur Wirtschafts- und Währungsunion geplant sowie – falls möglich – erste Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Bankenunion und des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

In der vergangenen Woche hat sich der deutsch-französische Ministerrat auf Schloss Meseberg auf die gemeinsame Erklärung „Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern“ verständigt. Darin sind gemeinsame Grundlinien für die Vorhaben des Europäischen Rates erarbeitet worden.

Zwei Enquete-Kommissionen eingesetzt

In dieser Woche haben wir die Einsetzung zweier Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages beschlossen.

Die Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale“ soll Antworten auf die vielfältigen technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Kontext der Nutzung von Künstlicher Intelligenz erarbeiten.

Die zweite Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der Arbeitswelt“ soll Vorschläge machen, auf welche Weise die berufliche Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss.

Beide Kommissionen sollen ihre Abschlussberichte noch vor Ablauf der Legislaturperiode vorlegen.

Fußball-WM: Jeder Dritte verfolgt Sportveranstaltungen online

Ob mit dem Tablet in der Bahn oder via Liveticker auf dem Smartphone – dank immer umfangreicherer Online-Angebote steigt die Zahl der Nutzer, die Sportereignisse im Internet verfolgen.

Im vergangenen Jahr griff jeder dritte Internetnutzer auf Livestream oder Liveticker zurück. 2016 waren es noch 23 Prozent gewesen. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Bitkom-Studie. Gefragt nach den verwendeten Geräten gibt mehr als die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) an, das Smartphone für Live-Übertragungen zu nutzen. Nahezu gleichauf liegt der heimische Smart-TV (53 Prozent). Entgegen anderslautender Vermutungen profitieren von der zunehmenden Beliebtheit von Online-Angeboten vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender:

Zu den meist genutzten Angeboten im Netz gehören für 48 Prozent der Befragten die Programme von ARD und ZDF. Auch hier stieg die Zahl der Nutzer von 44 Prozent 2016 auf 48 Prozent 2017.

(Quelle: Bitkom)

Kostenpflichtige Filme und Serien bei Senioren immer beliebter.

Während die öffentlich-rechtlichen Sender für Sportübertragungen im Internet an Attraktivität gewinnen, sehen sie sich im Bereich Filme und Serien immer größerer Konkurrenz durch kostenpflichtige Videostreaming-Dienste ausgesetzt. 37 Prozent der Internetnutzer, und damit zwei von fünf Personen, streamen Filme und Serien über kostenpflichtige Portale wie etwa Amazon Prime Video, Netflix oder Sky Ticket. 2017 waren es nur 29 Prozent. Dass vor allem junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahre auf die Angebote zurückgreifen, überrascht wenig. Hier nutzt jeder Zweite kostenpflichtige Dienste. Doch auch die über 65-Jährigen wissen diese Angebote immer mehr zu schätzen. Die Nutzerzahlen stiegen hier von noch 8 Prozent 2016 auf aktuell 20 Prozent.

(Quelle: Bitkom)